

Reader zur

Jahrestagung des IVDE Freiburg

**„Bildungseinrichtungen der ‚auslanddeutschen
Volkstumsarbeit““**



Deutsche Bourse zu Marburg (um 1925)

Zur Tagungskonzeption

Spätestens mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Schulvereins (Wien 1880, Berlin 1881) begannen sich bildungsbürgerliche Kreise für das „Auslanddeutschtum“¹ einzusetzen, wobei schnell die hohe Bedeutung von Bildungseinrichtungen im Nationalitätenkampf deutlich wurde. Die deutsche Schule galt neben deutschen Kirchen und Vereinen als eine der unverzichtbaren Säulen für „Erhalt und Pflege des Auslanddeutschtums“. Wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg wurde ein stärkeres Engagement des Staates eingefordert, wofür z.B. auch der Alldeutsche Verband eintrat. Als man im Krieg merkte, dass die „Auslanddeutschen“ als Mittler für die deutsche Politik und Wirtschaft viel zu wenig beachtet worden waren, wurden verschiedene Pläne zur Gewinnung der Auslanddeutschen für reichsdeutsche Interessen entworfen und teilweise umgesetzt. Diesem Interesse kam zustatten, dass im Krieg viele Soldaten im östlichen Europa auf deutsche Minderheiten getroffen waren. Vor allem aber hatte sich nach den Gebietsabtretungen infolge des Versailler Vertrags die Zahl der „Auslanddeutschen“ merklich erhöht. Sie wurden nun zwecks Grenzrevisionen und zur Wiederherstellung „deutscher Weltgeltung“ agitiert und nicht zuletzt deshalb auch stärker erforscht.

Im Kontext dieser Pläne und des gestiegenen Interesses wurde beispielsweise in Marburg im Frühjahr 1918 das universitätsnahe Institut für Deutschtum im Ausland gegründet. Mit dem Erwerb eines Wohnheims im Herbst 1920 wurde es mit dem Institut unter dem Dach der Deutschen Burse zu Marburg zusammengefasst. In der Burse sollten auslanddeutsche Studenten aller Fakultäten neben ihrem Studium für den Einsatz in den jeweiligen Führungen der „Volksgruppen“ ausgebildet werden. Den Ideen der bündischen Jugendbewegung verpflichtet, sollten sie über das Zusammenleben und -arbeiten mit einigen inländischen Studenten ein grenzüberschreitendes gesamtdeutsches Volksgefühl entwickeln. Die Marburger Burse fungierte so als Pilotenrichtung für die zahlreichen Bursengründungen ab der 2. Hälfte der 1920er-Jahre (z.B. Berlin, Kiel, Tübingen, Münster, Leipzig, München). Bereits Anfang der 1930er-Jahre wurde auch mit der Gründung von beruflichen Bildungseinrichtungen begonnen (z.B. Viktor Köchl-Haus, Stuttgart).

Im Ausland waren schon lange vor dem Ersten Weltkrieg von den deutschen Minderheiten deutsche Schulen oder Schulzweige gegründet worden, die nicht nur mit der Entsendung reichsdeutscher Lehrer vom Deutschen Reich gefördert wurden. Mit der Gründung neuer Staaten im östlichen Europa ab 1918 verschärfen sich die nationalen Gegensätze gerade auch in diesem Bereich. So standen Einrichtungen wie z.B. in Rumänien das Brukenthal-Gymnasium, Hermannstadt/Sibiu, und die Banatia-Schulen, Temesvar/Timișoara, oder in Polen die Evangelische Lehrerbildungsanstalt in Bielitz/Bielsko häufig im Zentrum des „Volkstumskampfes“.

¹ „Ausland(s)deutschtum“ wird hier vereinfacht als umspannender Oberbegriff für ethnische Deutsche mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Ausland benutzt. Tatsächlich variierten die Begrifflichkeiten je nach ideologischem Standpunkt und historischem Kontext. Beispielsweise wurde bereits im deutschen Kaiserreich diskutiert, ob Reichsdeutsche im Ausland und sogar Deutschstämmige mit fremder Staatsangehörigkeit in Handels- und Gewerbekolonien dazu gehören sollten. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde vielfach in „Grenz- und Auslanddeutschtum“, unterschieden, wobei man unter Ersterem überwiegend die Deutschen in den Abtretungsgebieten des Versailler Vertrags verstand. Eine veränderte Definition ergab sich nach der Etablierung des Nationalsozialismus, was zumeist auf den Kampf verschiedener Stellen um Erweiterung ihres Einflusses zurückzuführen ist. Ab dem Frühjahr 1938 galten als „Auslandsdeutsche“ Reichsdeutsche im Ausland, während die Deutschstämmigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit spätestens jetzt als „Volksdeutsche“ bezeichnet wurden.

Ab den 1920er-Jahren wurde die Kooperation zwischen reichsdeutschen und ausland-deutschen Bildungseinrichtungen und den dahinter stehenden Organisationen stärker ausgebaut. Vor allem rekrutierten die reichsdeutschen Einrichtungen ihre Insassen aus den Bildungsanstalten der einzelnen deutschen „Volksgruppen“.

Die interdisziplinäre Tagung will neben der Geschichte, den treibenden Kräften und dem ideologischen Gedankengut dieser Institutionen inner- und außerhalb des Deutschen Reiches auch den daraus resultierenden Netzwerken und den Karrieren einzelner Insassen und Akteure nachgehen – sei es in den „Volksgruppen“-Führungen, den Vertriebenenorganisationen nach 1945 oder im wissenschaftlichen und praktischen Bereich der NS-Volkstumspolitik. Neben den Lehrinhalten sollen auch die in den Einrichtungen vermittelten kulturellen Praxen thematisiert werden, wie sie sich etwa in der jugendbewegten Lebensweise mit Fahrten, Liederbüchern und Symboliken ausdrückten. Der zeitliche Fokus liegt auf dem 20. Jahrhundert und der geografische auf Deutschland und dem östlichen Europa, wobei aus Vergleichsgründen das Beispiel Spanien einbezogen wird.

Mit Ausnahme des Eröffnungsvortrags von Prof. Dr. Kuchler sollen die Vorträge die Dauer von 30 Minuten nicht überschreiten. Danach wird für ca. 15 Minuten Gelegenheit zu Fragen und Diskussion geboten. Die Beiträge sollen – ggfs. in erweiterter Form – in einem Tagungsband veröffentlicht werden.

Da zwei Referierende unverhofft absagen mussten und weitere sich noch mit interessanten Beiträgen gemeldet haben, aber im November zeitlich verhindert sind, soll für Ende Frühjahr/Anfang Sommer 2018 eine kleinere Folgetagung anberaumt werden.

Die Tagungsteilnahme ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten.

Konzeption und Organisation:

Dr. Hans-Werner Retterath

Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa (IVDE)

Goethestr. 63

79100 Freiburg

Tel.: +49 761-7044317

Mail: Hans-Werner Retterath@ivde.bwl.de

Internet: www.ivdebw.de

TAGUNGSPROGRAMM

Donnerstag, 9. November 2017

9.00 Uhr

Begrüßung

9.15 Uhr

Prof. Dr. Christian Kuchler, Aachen

Die Rolle der Schulen für die deutschen Gemeinschaften im Ausland im 20. Jahrhundert

10.15 Uhr

Kaffeepause

10.45 Uhr

Dr. Berthold Petzinna, Magdeburg-Stendal

Das Institut für Grenz- und Auslandstudien

11.30 Uhr

Dr. Hans-Werner Retterath, Freiburg

Völkische Indoktrination und „Erlebnis“. Eine Analyse der Spiel- und Studienfahrten der Deutschen Burse zu Marburg

12.15 Uhr

Mittagspause

14.15 Uhr

Dr. Martin Göllnitz, Mainz

Grenzkampf als Studienziel. Die volkspolitische Erziehungsarbeit der Deutsch-Nordischen Burse im kulturellen „Grenzlandringen“ (1928–1939)

15.00 Uhr

Caroline E. Weber M.A., Kiel

„[...] der Freundschaft der Menschen im nordeuropäischen Raum“. Die Neuausrichtung der Deutsch-Nordischen Burse und der europäische Gedanke nach 1945

15.45 Uhr

Kaffeepause

16.15 Uhr

Dr. Cornelia Eisler, Kiel

Im „reiche[n] Kulturstrom des deutschen Westens“? Zur Stiftung „Deutsche Burse“ in Münster

17.00 Uhr

Prof. Dr. Krystyna Radziszewska, Łódź

Das Staatliche Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache in Łódź

Freitag, 10. November 2017

9.00 Uhr

Dr. Mirek Němec, Ústí nad Labem

Umkämpftes Gebiet. Deutschsprachiges Schulwesen in der Slowakei der Zwischenkriegszeit (1918–1938)

9.45 Uhr

Stefan Johann Schatz M.Ed., Berlin

Volkstumsarbeit unter umgedrehten Vorzeichen? – Die sudetendeutsche Schulverwaltung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945

10.30 Uhr

Kaffeepause

11.00 Uhr

PD Dr. Hans-Christian Petersen, Oldenburg

Homogenität statt Vielfalt. Bildungseinrichtungen und die Schaffung „auslandsdeutscher Volksgruppen“ – das Beispiel der Russland- und der Bessarabiendeutschen

11.45 Uhr

Dominik Herzner M.A., Aachen

Im Westen was Neues – Auslandsschulen in Spanien als historisches Vergleichsobjekt für Bildungseinrichtungen im östlichen Europa

12.30 Uhr

Tagungsresümee und Verabschiedung

**Abstracts der Vorträge
der Tagung
„Bildungseinrichtungen der ‚auslanddeutschen
Volkstumsarbeit‘“**

Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa (IVDE), Freiburg i. Brsg.,
9.–10. November 2017

Prof. Dr. Christian Kuchler, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
Die Rolle der Schulen für die deutschen Gemeinschaften im Ausland im 20. Jahrhundert

Deutsche Schulen im Ausland gehören zu den wesentlichsten Manifestationen der auswärtigen Kulturpolitik. Schon seit der Frühen Neuzeit gründeten Menschen, die den deutschen Kulturraum (aus ganz unterschiedlichen Gründen) verlassen hatten, an ihren neuen Lebensmittelpunkten unter anderem auch Schulen, in welchen deutsche Bildung tradiert werden sollte. Diese Schulen entwickelten sich in der Folge zu wesentlichen Elementen der „German Community“ an den jeweiligen Standorten.

Mit Schwerpunkt auf dem 20. Jahrhundert soll der Tagungsbeitrag diskutieren, wie die Rolle der Schulen für die deutschen Gemeinschaften im Ausland zu untersuchen ist. Dabei soll überprüft werden, wie mit Mitteln der Historischen Netzwerkforschung der Stellung der Auslandsschulen nähergekommen werden kann. Dabei soll zunächst ein Blick auf die überlieferten Aktenbestände in Deutschland geworfen werden. Erörtert wird also, ob es möglich ist, die Geschichte auslandsdeutscher Bildungseinrichtungen mit Hilfe der Bestände zu schreiben, die heute in bundesdeutschen Archiven lagern. Primär im Blick hat die Analyse dabei die Dokumente des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Berlin. Am Beispiel der Deutschen Schule Belgrad soll überprüft werden, wie intensiv die Interdependenzen zwischen lokaler Schule, deutscher Auslandsgemeinde und der Metropole im Heimatland sind.

Der Beitrag will die bestehenden Forschungen zu Auslandsschulen aufgreifen und in einem historiographischen Sinn ergänzen. Innovativer Gedanke dabei ist vor allem, mittels des Ansatzes der Historischen Netzwerkforschung ganz konkret anhand eines südosteuropäischen Schulstandortes zu untersuchen, ob sich die Vernetzung von Schule und deutscher „Kolonie“ im Ausland nachweisen lässt, und, wenn dies der Fall ist, wie sich die Konstellation – gerade mit Blick auf die großen Zäsuren des 20. Jahrhunderts – veränderte.

Kontakt: kuchler@ipw.rwth-aachen.de

Dr. Berthold Petzinna, Hochschule Magdeburg-Stendal
Das Institut für Grenz- und Auslandstudien

In dem Institut, das der jungkonservative, dem Ring-Kreis verbundene Intellektuelle Max Hildebert Boehm 1925 gründete, verbanden sich mehrere kulturelle und politische Strömungen, die im Wilhelminischen Kaiserreich geprägt und in der Weimarer Republik unter neuen Bedingungen fortgesetzt wurden. Die Einrichtung knüpfte in Selbstverständnis,

intellektuellem Stil und praktischer Tätigkeit an die dem Regime Kaiser Wilhelms II. wie auch der sich abzeichnenden demokratisch geprägten Massengesellschaft kritisch gegenüberstehende, junge bürgerliche Intelligenz an, wie sie in der Entwicklung der Jugendbewegung einen frühen Ausdruck fand.

Im Horizont der Krise des Bildungskonzeptes, des Historismusproblems mitsamt des daraus erwachsenden Wertrelativismus erfolgte vielstimmig die Diagnose einer allgemeinen deutschen Kulturkrise. Der Erste Weltkrieg steigerte und schärfte die mentale Disposition noch zu der Strategie einer organisierten Identitätspolitik.

Die politischen Anteile dieser Lagerung führten in der frühen Republik zur Ausprägung intellektueller Zusammenschlüsse und Organisationen, so des Juni-Klubs und des aus ihm gegründeten Politischen Kollegs, in denen Boehm eine wesentliche Rolle spielte, und deren Fortsetzung das Institut in zentralen Zügen darstellte. Insbesondere der Stellenwert des Erziehungskonzeptes, der Elitebildung auf Basis und im Rahmen einer „Volksgemeinschaft“ sowie das politisierte Wissenschaftsverständnis, das an individuelle Identifikations- und Sinnbedürfnisse anschloss, verbanden das Institut mit seinem Ursprungsmilieu.

Sein engeres Arbeitsfeld war ebenfalls dort vorgeprägt. Im „Grenzdeutschum“ sah man eine Verdichtung mehrerer Wunsch- und Zielvorstellungen. Dabei konnte das Konzept an umlaufende außenpolitische Präferenzen der Republik anknüpfen, die auf die Wiederherstellung einer deutschen Führungsposition zumindest in Osteuropa abzielten. Diese Parallelität sorgte für eine Verankerung Boehms in bestehenden politischen Netzwerken und zumindest zeitweilig für eine finanzielle Absicherung auch seines Internats, in dem sich die Erziehungs- und Elitebildungsabsichten des Betreibers und seines intellektuell-politischen Milieus verbanden. Die Preisgabe dieser pädagogischen Einrichtung markiert daher eine Zäsur in der Geschichte des Instituts, das damit eine zentrale Dimension seiner Wirksamkeit verlor.

Kontakt: berthold.petzinna@hs-magdeburg.de

Dr. Hans-Werner Retterath, Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg

Völkische Indoktrination und „Erlebnis“. Eine Analyse der Spiel- und Studienfahrten der Deutschen Burse zu Marburg

„Gemeinsame Spiel- und Studienfahrten in die deutschen Randgebiete haben in den vergangenen Semestern die Verbindung von Lebensgemeinschaft und Wissenschaft noch enger gestaltet“, schrieb Johann Wilhelm Mannhardt, der *spiritus rector* der Marburger Burse, im Mai 1924.² Mannhardt propagierte die Burse in Anknüpfung an die Jugendbewegung als enge Lebens-, Haus- und Arbeitsgemeinschaft. Die Insassen wurden neben ihrem jeweiligen Studium an die wissenschaftliche Arbeit zum deutschen Volkstum, insbesondere zum „Grenz- und Auslanddeutschum“, herangeführt. Die Insassen sollten das „Gesamtvolk im Kleinen“ verkörpern, weshalb sie sich zu je einem Drittel aus Inlanddeutschen, Grenzdeutschen und Auslanddeutschen rekrutierten. Ziel war die „Bildung eines deutschen Gesamtvolksbewußtseins und einer Gesamtvolksverpflichtung“. In diesem Sinne wurden Spiel- und Studienfahrten eingesetzt, denen eine entsprechende Schulung im angeschlossenen Institut für Grenz- und Auslanddeutschum vorausging. Mit sehr geringen Mitteln erfolgten im Stil der Jugendbewegung im Sommer eine mehrtägige Fahrt in ein deutsches Grenzgebiet und im Winter eine in deutsche Städte. Neben der Stärkung der Gemeinschaft sollten die Fahrten der eigenen Anschauung dienen. Jedem Teilnehmer wurde ein bestimmtes Arbeitsgebiet zugewiesen, zu dem er später zu referieren hatte.³

Was war nun das Besondere an diesen Fahrten? Hierzu werde ich zunächst die dabei vermittelte Mischung aus wissenschaftlicher Information und völkischer Indoktrination beleuchten, dann aber auch fragen, wie durch die Fahrten das erlernte Wissen, die

² Die Deutsche Burse zu Marburg. In: Die Tat, 16 (1924), Mai, S. 88–95, S. 91.

³ Johann Wilhelm Mannhardt: Hochschule, Deutschtum und Ausland. Marburg 1927, S. 24–39, S. 61–67.

(gesellschafts-)politischen Einstellungen und auch der „Bursengeist“ verstärkt wurden. Zur Erklärung ziehe ich Kurt Sontheimers Studie über antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik ergänzt durch neuere Arbeiten zur popularisierten Lebensphilosophie mit der Beleuchtung des „Erlebnisses“ als subjektiver Form des „Lebens“ heran. Das Erlebte wurde als „ursprünglich“ bezeichnet, Denken nur als Ableitung. Weitere Leitsätze dieser Geisteshaltung lauteten: „Wer nichts erlebt, wird nichts begreifen.“ „Erlebnis kann nicht bewiesen werden und bedarf nicht rationaler Rechtfertigung.“⁴

Meine Studie basiert hauptsächlich auf den verschiedenen Bursenrundbriefen und dem Rundbrief „Die Burse“ (1929–1935), die zur Förderung des Zusammenhalts und des Informationsaustauschs unter den Altkameraden hektografiert oder gedruckt herausgegeben wurden. Ergänzend werden Archivalien (vor allem aus dem Universitätsarchiv Marburg) und weiteres gedruckte Material herangezogen.

Kontakt: hans-werner.retterath@ivde.bwl.de

Dr. Martin Göllnitz, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Grenzkampf als Studienziel. Die volkspolitische Erziehungsarbeit der Deutsch-Nordischen Burse im kulturellen „Grenzlandringen“ (1928–1939)

Im Jahr 1928 wurde die Deutsch-Nordische Burse in Kiel als selbstständige Stiftung ins Leben gerufen. Bereits im Folgejahr erwarb die Stiftung ein eigenes Wohnheim, als „Arbeits- und Bildungsstätte im Dienste des deutschen Volksgedankens“. Insgesamt 24 Studierende aus Skandinavien, vor allem jedoch aus Nordschleswig und anderen Grenzgebieten des Deutschen Reiches, sollten hier Aufnahme finden. Im Mittelpunkt der Bursentätigkeit standen verstärkt grenz- und volkspolitische Zielsetzungen. Spätestens mit der durch die Volksabstimmung von 1920 zwischen Dänemark und Deutschland gezogenen Grenze etablierte sich in Schleswig-Holstein das Schlagwort „Grenzkampf“, das verstärkt im kultur- und geschichtspolitischen Bereich eine Aufwertung erfuhr. Im universitären Raum schien die politisch aufgeladene Bezeichnung „Grenzlanduniversität“ en vogue zu sein, sozusagen als verschlagworteter Ausdruck des nationalkonservativen und antidemokratischen Bewusstseins eines Großteils der deutschen Studentenschaft. Im Gegensatz zu den deutsch-polnischen Streitigkeiten um Danzig und Oberschlesien wurde der „Grenzkampf“ in der schleswig-holsteinischen Region allerdings weniger konfrontativ ausgelegt. Die Kieler Studierenden erkannten ihre vermeintlich völkische Aufgabe vermehrt im kulturpolitischen Bereich. Diesem kulturellen „Grenzlandringen“ fühlte sich auch die Deutsch-Nordische Burse, insbesondere nach der inhaltlichen und personellen Neuausrichtung durch die Funktionäre des Kieler NS-Studentenbundes im Frühsommer 1933, verpflichtet. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und der Etablierung des Regimes kündigte der Kieler Studentenführer sowohl dem Heimleiter als auch den bisherigen Bewohnern. Künftig erfolgte die Zusammenstellung der Wohngemeinschaft unter dem Gesichtspunkt der Ausbildung eines „volkspolitischen Soldaten“, der sich nach Studienabschluss „in seinem heimatlichen Wirkungsbereich mit seiner ganzen Kraft für den deutschen volkspolitischen Gedanken“ einsetzen würde. Dem jungakademischen Funktionskorps schwebte dafür eine enge Zusammenarbeit mit diversen NS-Gliederungen und Institutionen vor, wobei Schulungskurse und Grenzlandfahrten die ideologischen Highlights darstellen sollten. Zwischen 1933 und 1939 orientierte sich die politische Erziehungsarbeit der Burse daher an weltanschaulichen Richtlinien, studentischen Identitätsneuentwürfen (Stichwort: politischer Soldat) und tagespolitischen Entwicklungen. Gemäß den im CfP formulierten Schwerpunkten wird danach gefragt, welche kulturellen Praxen in der Burse vermittelt wurden und welche ideologischen Lehrinhalte Eingang in die Schulungskurse fanden. Ferner ist zu untersuchen, wie sich die großdeutsche und völkische Hinwendung der Studierenden auf die Definition des „Grenzlandes“ oder des „Ausland-“, bzw. „Volksteutschen“ auswirkte. Eine wesentliche Bedeutung kommt dabei der regionalen jungakademischen Funktionselite zu, die sich selbst

⁴ Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München 1983, S. 56.

als „volkspolitischer Stoßtrupp“ verstand. Deshalb wird auch gefragt, wie die studentischen Funktionäre ihr Aufgabenfeld definierten und wie sie an ihrem Studienort Kiel grenzkämpferisch wirksam werden konnten.

Kontakt: martin.goellnitz@email.uni-kiel.de

(falls unter dieser Adresse nicht mehr erreichbar, unter Universität Mainz neue Mailadresse suchen)

Caroline E. Weber M.A., Christian Albrechts-Universität Kiel

„[...] der Freundschaft der Menschen im nordeuropäischen Raum“. Die Neuaustrichtung der Deutsch-Nordischen Burse und der europäische Gedanke nach 1945

Obgleich das Haus der Deutsch-Nordischen Burse (DNB) im Zweiten Weltkrieg völlig zerstört worden und viele Vorstandsmitglieder der dazugehörigen Stiftung gefallen waren, überdauerte der Bursengedanke das Kriegsende und wurde vor allem durch Willi Nielsen, das letzte verbliebene Vorstandsmitglied, vertreten. Obschon unmittelbar nach Kriegsende erste Gespräche zur Wiederbegründung der Burse geführt wurden, trat eine neue Satzung der DNB-Stiftung erst am 1. April 1959 in Kraft. Ziel war fortan die Errichtung und der Betrieb eines Wohnheims, dessen Zweck die „Aufnahme deutscher und ausländischer Studenten [...], insbesondere aus den nordischen Ländern“, war. Nur wenige Jahre nach Verabschiedung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955, hatte das Land Schleswig-Holstein ein großes Interesse an der Förderung der neuen Burse. Dabei wurde der Name „Deutsch-Nordische Burse“, der sich ursprünglich auf die Herkunft der hier aufgenommenen „Auslandsdeutschen“ bezog, bewusst beibehalten, um nun „die Öffnung nach Norden“ zu symbolisieren.

Mit der Grundsteinlegung des Hauses am 19. Oktober 1967 richtete der schleswig-holsteinische Kulturminister, Claus-Joachim von Heydebreck, den Wunsch der Landesregierung an die Burse aus, sie möge „der Freundschaft der Menschen im nordischen Raum, der lebendigen Begegnung junger Studenten und dem Geist der Toleranz und Verständigung“ dienen.

Der siebenköpfige Vorstand ist charakteristisch für das Demokratieverständnis der neuen Burse, wohingegen die alte Burse von einer Einzelperson im Vorstand verwaltet wurde. Die enge Verbindung zur Universität zeigt sich im Aufnahmeausschuss, dem neben Vorstandsmitgliedern auch Vertreter des Präsidiums wie des Akademischen Auslandsamtes der Christian Albrechts-Universität (CAU) sowie in der Burse lebende Studierende angehören. Als Folge der studentischen Unruhen des Jahres 1968 wurde bald nach der Einweihung im Sommer 1969 der Posten des Heimleiters gestrichen, die Studierenden waren selbst für die inneren Angelegenheiten zuständig, und das Haus war offen für Männer und Frauen. Auch wenn ausländische Studierende, vor allem aus Skandinavien, bevorzugt aufgenommen werden sollten, leben bis heute oft mehr als 50 % deutsche Studierende in der Burse. Unter diesen werden Mitglieder der dänischen Minderheit in Schleswig präferiert. Die ausländischen Studierenden stammen zum Großteil aus Skandinavien.

Im Gegensatz zur alten Burse orientierte sich die DNB in ihrer zweiten Phase an europäischen Werten wie Frieden und Völkerverständigung. In diesem Kontext wird nach Schwerpunkten gefragt, die in der Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein und der CAU gesetzt wurden und werden. Der Fokus liegt dabei auf der Verbindung zwischen Wohnheim und Universität in ihrer beiderseitigen Ausrichtung auf den Norden, zudem wird ein Einblick in das kulturelle Leben innerhalb der Burse gegeben.

Kontakt: cweber@email.uni-kiel.de

Dr. Cornelia Eisler, Christian Albrechts-Universität Kiel
Im „reiche[n] Kulturstrom des deutschen Westens“⁵? Zur Stiftung „Deutsche Burse“ in Münster

Die Gründungen so genannter ‚Deutscher Bursen‘ standen im organisatorischen Zusammenhang mit den nach 1917/18 gegründeten Forschungsinstituten in Marburg, Stuttgart, Berlin, Leipzig und Münster, die ihren wissenschaftspolitischen Fokus auf das ‚Grenz- und Auslandsdeutschum‘ gelegt hatten. Johann Wilhelm Mannhardt sah sich selbst als ‚Erfinder‘ der Deutschen Burse und tatsächlich wurde die von ihm initiierte Marburger Einrichtung als Vorbild für weitere ‚auslandsdeutsche‘ Studentenwohnheime innerhalb des Deutschen Reiches propagiert. Allerdings nahm Max Hildebert Boehm rückblickend ebenfalls für sich in Anspruch, mit der Erstorganisation der Burse in Berlin einen Ausgangspunkt geschaffen zu haben. Als eine der letzten entstand die Stiftung „Deutsche Burse“ in Münster und zwar in Verbindung mit der Forschungsstelle für Auslanddeutschum und Auslandskunde e.V., die der Kirchenrechtshistoriker und Politiker Georg Schreiber 1927 gegründet hatte. Offenbar sollte die Münsteraner Einrichtung als ‚Standort‘ im Nordwesten des Deutschen Reiches die Verbreitung der Bursen im Deutschen Reich – territorial ausgewogen – ergänzen und ist somit zum Gesamtnetzwerk der Einrichtungen, die für revisions- und grenzpolitische Ziele standen, zu zählen. Doch zugleich gibt es Hinweise darauf, dass die Akteure in Münster eine alternative Einrichtung zu schaffen bemüht waren, und auch konfessionelle Eigenheiten spielten im Vorfeld der Gründung eine Rolle. Auf der Basis von Quellenmaterial aus dem Universitätsarchiv Münster, dem Politischen Archiv in Berlin und dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin möchte ich in meinem Beitrag der Entstehungsgeschichte dieser Burse unter folgenden Fragestellungen nachgehen: Was waren die Gründe für die recht spät erfolgte Gründung? Inwieweit kann in diesem Zusammenhang von kompetitiven Motivationen ausgegangen werden? Wurde die Burse tatsächlich als Vervollständigung des bis dahin schon bestehenden Netzwerkes an Einrichtungen betrachtet?

Kontakt: eisler@volkskunde.uni-kiel.de

Prof. Dr. Krystyna Radziszewska, Universität Łódź
Das Staatliche Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache in Łódź

Die Geschichte des deutschen Schulwesens in Łódź dokumentiert einerseits eine der größten organisatorischen und kulturellen Leistungen der deutschen Bevölkerung in dieser Stadt, andererseits gehört diese Thematik zu den schwierigsten und heikelsten Problemen im Bereich der gegenseitigen deutsch-polnischen Beziehungen in Łódź. Für die deutsche Bevölkerung, die in Königreich Polen lebte, war die Gründung der Schulen als Pflegestätte der Sprache und Kultur äußerst wichtig. Ihre Bemühungen wurden durch die Zarenbehörde unterstützt. Im unabhängigen polnischen Staat war die Situation anders. Manche Entscheidungen der polnischen Schulbehörde gegenüber der deutschen Schule muss man als ungeschickt oder schickanös sehen.

Im Beitrag wird eine deutsche Schulanstalt, nämlich das deutsche Lehrerseminar in Łódź thematisiert. Das Seminar funktionierte 70 Jahre, davon 25 Jahre in Łódź, wohin es 1911 aus Warschau verlegt wurde und bildete 1500 Pädagogen aus. Die Aufgabe der Institution war es, für sämtliche deutsche Schulen sowie evangelische Kirchen in Polen Lehrer auszubilden, denn deutsche Lehrer waren in den Dörfern zugleich Kantoren. Es wird gezeigt, wie das Seminar funktionierte, was für ein Ausbildungsprogramm realisiert wurde und zur Behauptung der meisten deutschsprachigen Veröffentlichungen Stellung genommen, nach denen in der Anstalt Schüler deutscher Nationalität zu loyalen Staatsbürgern gegenüber dem

⁵ Abschrift Schreiben des Reichsministerium des Innern, gez. Tiedje, an den Landeshauptmann der Provinz Westfalen Dr. Diekmann, 01.11.1927, in: Universitätsarchiv Münster, Bestand 22, Nr. 93, Reichsministerium des Innern.

polnischen Staat ausgebildet wurden. Die Geschichte des Seminars endete 1936, als aus dem deutschen Lehrerseminar ein polnisches Gymnasium geschaffen wurde.

Kontakt: krystyna.rad@wp.pl

Dr. Mirek Němec, Jan Evangelista Purkyně-Universität Ústí nad Labem
Umkämpftes Gebiet. Deutschsprachiges Schulwesen in der Slowakei der Zwischenkriegszeit (1918–1938)

Der geplante Beitrag fokussiert die durchaus komplexe Situation der deutschsprachigen Bildungseinrichtungen auf dem Gebiet der Slowakei in der Zwischenkriegszeit. Die ungarische Bildungspolitik vor 1918 ließ in ihrer Reichshälfte im Unterschied zu Österreich nur wenig Freiraum für ein nicht-ungarischsprachiges Schulwesen. Die zersplitterten deutschen „Volksinseln“ Oberungarns mit ihrem traditionellen deutschsprachigen Schulwesen fanden nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich keine Strategie, um den negativen Konsequenzen dieser Schulpolitik zu entgehen. Bereits in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg drohte, dass die deutsche Bevölkerung durch das Schulwesen mehr oder weniger magyarisiert wird. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einer Renaissance des deutschsprachigen Schulwesens in den drei größten „Volksinseln“ der Slowakei. Damit wurde ein Prozess gestartet, der eine neue, allerdings politisch geladene karpathendeutsche Identität der deutschsprachigen Bevölkerung einprägen sollte.

Die Erneuerung in der Zwischenkriegszeit war aus eigenen Kräften kaum möglich, sondern es beteiligten sich daran weitere Akteure. Zunächst scheint der Umstand interessant, dass die in den westlichen Gebieten der entstandenen Tschechoslowakei lebenden Deutschen ihre Sprachgenossen in der Slowakei entdeckten. Besonders aktiv waren dabei die pädagogisch engagierten Ideologen der sudetendeutschen Einheitsbewegung, wie Eduard Winter oder Eugen Lemberg. Ebenso wurde der tschechoslowakische Staat aufgefordert, die Minderheitenrechte der Deutschen in der Slowakei anzuerkennen und, da er die Liberalität der altösterreichischen Schulgesetze auf das ganze Territorium der Republik ausweitete, auch in diesem Sinne zu handeln. Last but not least waren reichsdeutsche und österreichische Vereine und Privatpersonen an dem „Auslandsdeutschtum“ in der Slowakei interessiert. Dieses Dreieck der möglichen Akteure bei der Rekonstruktion des deutschen Schulwesens im ehemaligen Oberungarn wirft die Frage nach der Kompatibilität von Motivationen, Engagement, Zielen und Ergebnissen auf. Es sollen daher diese herausgearbeitet und miteinander verglichen werden. Dabei zielt mein Vortrag auf die Politisierung der Kulturarbeit. Ebenfalls von Bedeutung ist die Reaktion seitens der deutschsprachigen Bevölkerung in der Slowakei. Wie wurde das Zusammenspiel und/oder die Konkurrenz der drei genannten Akteure betrachtet?

Kontakt: mireknemec@hotmail.com

Stefan Johann Schatz M. Ed., Humboldt-Universität Berlin
Volkstumsarbeit unter umgedrehten Vorzeichen? – Die sudetendeutsche Schulverwaltung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945

„Der Sudetendeutsche ist froh, nun nichts mehr mit verhaßten Nachbarvolke zu tun zu haben, und er stellt sich überraschend schnell auf das Binnendeutschtum um. (..) Es ist, als hätte er sich um 180 Grad gedreht und stünde nun mit dem Rücken gegen die Volksgrenze, die Augen ins Innere des Reiches gerichtet. Er ist auf dem besten Wege, in kürzester Zeit seelisch zum Binnendeutschen zu werden. Das ist durchaus natürlich und verständlich. Für den sudetendeutschen Erzieher aber ergibt sich bei diesem Vorgang eine wichtige Aufgabe: in der kommenden Generation, die den Druck der letzten 20 Jahre teils schnell vergißt, teils gar nicht zu spüren bekommt, das Bewußtsein von den besonderen Aufgaben der Volksgrenze wachzuhalten.“¹

Mit diesen eindringlichen Worten wandte sich 1940 der damalige Leiter der Reichenberger Lehrerbildungsanstalt Eugen Lemberg an die sudetendeutsche Lehrerschaft. Denn mit Errichtung des Reichsgaues Sudetenland 1938 hatte sich auch die politische Lage der zuvor in der deutschsprachigen Lehrerschaft der Tschechoslowakei engagierten „Volkstumsarbeiter“ grundlegend verändert. So groß die Euphorie nach Errichtung des Reichsgaus Sudetenland 1938 auch gewesen sein mag, so stark wurde für die sudetendeutsche Schulverwaltung aber auch die Befürchtung, von einer bisherigen Minderheit in der Tschechoslowakei nun zu einer neuen, nicht mehr beachteten Minderheit im Deutschen Reich zu werden, die unter Gefahr stehe, ihre Identität zu verlieren. In der Folge verfolgte sie eine explizite Identitätspolitik gegenüber den Reichsbehörden.

Diese These soll im vorliegenden Beitrag an zwei Beispielen erörtert werden:

1.) Mit Errichtung des Reichsgaues Sudetenland 1938 sollte der Tschechischunterricht an allen Schulen abgeschafft werden. Bedingt durch das hohe Engagement der sudetendeutschen Schulverwaltung blieb der Tschechischunterricht, insbesondere an den Bürgerschulen, weiterbestehen. Im Beitrag soll dessen Begründung als Mittel, mit deren Kenntnis die Sudetendeutschen die ihnen zustehende Aufgabe, die Herrschaft über den böhmisch-mährischen Raum ausüben zu können, diskutiert werden.

2.) Die sudetendeutsche Schulverwaltung drängte nach Errichtung des Reichsgaus Sudetenland stark darauf, die in der Tschechoslowakei ausgeprägte „Legitimationsliteratur“ auch in den neu zu publizierenden Lesebüchern zu berücksichtigen. Tatsächlich fand sie Eingang: In den schließlich publizierten Lesebüchern war der Anteil von Texten mit Regionalbezug höher als in den zeitgleich publizierten Pendanten anderer Reichsgaue. Kann dies als Indiz erfolgreicher sudetendeutscher Identitätspolitik gewertet werden?

Kontakt: stefanjohann.schatz@gmx.de

PD Dr. Hans-Christian Petersen, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa Oldenburg
Homogenität statt Vielfalt. Bildungseinrichtungen und die Schaffung ‚auslandsdeutscher Volksgruppen‘ – das Beispiel der Russland- und der Bessarabiendeutschen

Der Beitrag befasst sich mit der Bedeutung von Bildungseinrichtungen für die Konstruktion und Mobilisierung der Russlanddeutschen und Bessarabiendeutschen als vermeintlich homogene ‚auslandsdeutsche Volksgruppen‘ in der Zwischenkriegszeit. Am Beispiel der Person Karl Stumpps (1896–1982), bis heute allgegenwärtiger Patriarch der russlanddeutschen Geschichtsschreibung und während des Zweiten Weltkriegs Leiter eines nach ihm benannten „Sonderkommandos“ im deutsch besetzten Teil der Ukraine, soll aufgezeigt werden, wie russlanddeutsche Emigranten nach dem Ersten Weltkrieg als Identitätsmanager ihrer ‚eigenen‘ Gruppe auftraten und als Mittler zwischen dem Deutschen Reich und den ‚Auslandsdeutschen‘ eine aktive ‚Volkstumspolitik‘ betrieben. Die Bedeutung der Bildungsfrage lässt sich im Falle Stumpps unter anderem an seiner Studienzeit in Tübingen (u.a., ebenso wie Georg Leibbrandt, Mitglied der Vereinigung der in Tübingen studierenden Auslandsdeutschen und des Vereins deutscher studierender Kolonisten) sowie an seinen Aktivitäten als Lehrer und ‚Volkstumsaktivist‘ in Tarutino von 1922 bis 1933 illustrieren. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme kam Stumpp als Verbindungsmann des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland sowie des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart eine entscheidende Funktion bei der Mittelvergabe und der Personalpolitik im Bildungsbereich und damit bei der Schaffung einer einheitlichen ‚Volksgemeinschaft‘ in Bessarabien zu. Zugleich soll der Blick auch auf die Zeit nach 1945 gerichtet werden. Stumpp fungierte nicht nur als Mitbegründer der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in der Bundesrepublik Deutschland sowie als langjähriger Herausgeber der Heimatbücher und des offiziellen Organs der Landsmannschaft, der Monatszeitschrift „Volk auf dem Weg“, sondern spielte auch eine zentrale Rolle bei der Konstituierung der beiden bis heute existierenden russlanddeutschen Organisationen in den USA (der American Historical Society of Germans

from Russia, gegr. 1968, sowie der Germans from Russia Heritage Society, gegr. 1971). Er gehörte damit zu den transnational agierenden Akteuren, welche die Selbstbeschreibung, die Narrative und die Geschichtspolitik diesseits und jenseits des Atlantiks bis heute nachhaltig prägten.

Kontakt: hans-christian.petersen@uni-oldenburg.de

Dominik Herzner M.A., Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
Im Westen was Neues – Auslandsschulen in Spanien als historisches Vergleichsobjekt für Bildungseinrichtungen im östlichen Europa

Die Deutschen Auslandsschulen sind ein vielschichtiger Teil der auswärtigen Kulturarbeit Deutschlands. Sie sind von der Eigendynamik der jeweiligen Schulgeschichte, aber auch von den politischen Konstellationen des Gast- und Mutterlandes abhängig, spiegeln die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse wider und zeigen die enge Verbindung von Politik und Kultur.⁶ Während ihrer Geschichte waren sie immer ein Seismograph der politischen Entwicklungen und wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik der Regierungen.

Besonders deutlich werden diesen Entwicklungen bei den Deutschen Schulen in Spanien, da diese eine exponierte Stellung im deutschen Auslandsschulwesen innehaben. Im Vergleich zu anderen Nationen finden sich dort zahlreiche Einrichtungen⁷, es besteht ein hoher Grad an Kontinuität, ein dichtes Netzwerk und das Land war lange im Fokus förderpolitischer Maßnahmen.⁸ Während in anderen Regionen die beiden Weltkriege einen tiefen Einschnitt bildeten und zu einer sinkenden Zahl an Schülern, Institutionen und Gebäuden führten, blieben die Deutschen Schulen in Spanien von den Brüchen des 19. und 20. Jahrhunderts scheinbar unberührt. Das Land war lange Jahre im Zentrum der schulpolitischen Interessen des Auswärtigen Amtes,⁹ hat starkes finanzielles Engagement erfahren¹⁰ und die Schulen wurden als ein bedeutsamer Faktor der kulturellen Beziehungen wahrgenommen.¹¹ Dieser Status hat sich bis heute erhalten. Der Neubau der Deutschen Schule in Madrid ist 2015 mit circa 50 Millionen Euro, eine der größten Investitionen in der Geschichte der Auslandsschulen¹², unterstreicht deren Bedeutung und ist ein Beispiel für ein historisch gewachsenes Produkt mit einer wechsellvollen Geschichte im Bereich der transnationalen Beziehungen. Die Schulen wurden in der Vergangenheit zum Knotenpunkt der Auslandskolonie und sie geben heute Aufschluss über deutsche Denkvorstellungen und florierende Räume, in denen Menschen multiple Subjektpositionen und dynamisch-hybride Identitäten annahmen.¹³

Als Spiegel der kulturpolitischen Aktivitäten zeigen die Auslandsschulen wichtige Parameter der deutschen Gesellschaft und der deutsch-spanischen Beziehungen. Im Vortrag sollen diese näher skizziert werden und in den kulturpolitischen und gesellschaftlichen Debatten verankert werden. Die Beschreibung des Auslandsschulwesens in Spanien bietet für die Tagung kontrastive Ansatzpunkte für weitere Fragestellungen und Vergleichsmöglichkeiten für diverse Ausprägungen des Auslandsschulwesens im östlichen Europa.

Kontakt: dominik_herzner@web.de

⁶ Vgl. Frank Trommler: *Kulturmacht ohne Kompass. Deutsche Auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert*. Köln 2014, S. 26.

⁷ Vgl. Arno Gimber u.a. (Hg.): *Spanien verstehen*. Darmstadt 2012, S. 138f.

⁸ Vgl. Gerhad Lepiorz, *Deutsche Schulen in Spanien*. In: *Deutsche Lehrer im Ausland (1975)*, S. 18–29, S. 19.

⁹ Vgl. Christian Schneider (Hg.): *Die Deutsche Schule im Ausland*. Heidelberg 1969, S. 137–152.

¹⁰ Vgl. Politisches Archiv im Auswärtigen Amt [im Folgenden PAAA], B93 603/IV4 Bd. 154: Aufzeichnungen über Beratungen des Haushaltsausschusses des Bundestages, 11.02.1960.

¹¹ Vgl. PAAA B93 603/IV4, Bd. 33: Fragestunde des Bundestages am 23.02.1956.

¹² Vgl. Karl Martin Schröter: *Palabras de Bienvenida del Consejero de Educación y Cultura de la Embajada de la República Federal de Alemania*. In: *Asociación Alexander von Humboldt de España (Hg.): Relaciones científico culturales hispano alemanes*, 1 (2013), S. 11–17, S. 14.

¹³ Vgl. Penny Glenn, *Knotenpunkte und Netzwerke. Auslandsschulen in Chile 1880-1960*, in: *GWU* 5/6 (2016), S. 281–295, S. 281f.